



Nr. 20

6. Juni 2019

## Inhalt

„Konzertierte Aktion Pflege“ der Bundesregierung

**Pflegekräfte: dbb fordert massive Attraktivitätsoffensive**

Frauenpolitische Fachtagung

**Geschlechtergerechtigkeit: „Da geht noch mehr!“**

Gewerkschaftstag dbb brandenburg

**Öffentlicher Dienst: Personalbedarf trotz Neueinstellungen weiterhin enorm**

dbb ist Bündnispartner

**Klischeefreie Vielfalt in Kitas – Aktionstag in ganz Deutschland**

dbb bundesfrauenvertretung

**50 Prozent der EU-Spitzenjobs für Frauen**

**Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

komba gewerkschaft

**Kommunen in Europa: Vorausschauende Personalpolitik unabdingbar**

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

**Lernvideos sollten kritisch genutzt werden**

Deutscher Philologenverband (DPhV)

**Abitur: Vergleichbarkeit braucht mehr als zentralen Aufgabenpool**

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

**DPVKOM feiert Tag des Zustellers**

**Namen und Nachrichten+++**

aktuell

Informationsdienst des dbb

## „Konzertierte Aktion Pflege“ der Bundesregierung **Pflegekräfte: dbb fordert massive Attraktivitätsoffensive**

**Eine massive Attraktivitätsoffensive fordert der dbb zur Gewinnung der dringend benötigten Arbeitskräfte für die Gesundheits- und Altenpflege.**

„Den Lippenbekenntnissen müssen jetzt endlich Taten folgen“, forderte dbb Chef Ulrich Silberbach anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse der „Konzertierten Aktion Pflege“ (KAP) der Bundesregierung am 4. Juni 2019 in Berlin. „So sinnvoll viele der Neuregelungen etwa aus dem Sofortprogramm Kranken- und Altenpflege sind, stellt sich nach wie vor die Frage, woher die hierfür benötigten Fachkräfte kommen sollen“, so Silberbach. „Natürlich sind beispielsweise die 13.000 zusätzlichen und voll finanzierten Stellen in der Altenpflege ein richtiger Schritt. Auch in den Krankenhäusern wird künftig jede zusätzliche Pflegestelle finanziert. Doch Stellen sind keine Menschen – woher nehmen, wenn nicht stehlen? Diese Frage muss erlaubt sein, und wir haben sie bereits mehrfach gestellt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende am Rande der gemeinsamen Pressekonferenz von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn.

Der Arbeitsmarkt in den Gesundheitsberufen sei extrem angespannt, erklärte Silberbach. Arbeitskräfteanwerbung innerhalb der Europäischen Union und aus Drittstaaten könne nur ein Teil der Lösung sein. „Wir müssen daher an die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen heran und hier deutliche Verbesserungen erreichen.“ Hierzu gehöre insbesondere eine angemessene Bezahlung der Gesundheitsberufe. „Mit den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst liegen hier schon sehr gute Benchmarks vor, an denen man sich orientieren könnte“, regte der dbb Chef an. „Durch Attraktivitätssteigerungen

müssen wir eine Sogwirkung erreichen, die eine Ausbildung zur Gesundheitsfachkraft stärker in den Fokus des Nachwuchses an den Schulen rückt. Personallücken mit Zeitarbeitskräften zu schließen, ist der komplett falsche Ansatz“, betonte Silberbach. Aus diesem Grund begrüße der dbb die als Ergebnis der KAP vorgesehene Beschränkung der Zeitarbeit in der Altenpflege, denn dann bestehe auch nicht mehr die Gefahr, dass Mitarbeiter etwa aufgrund besserer Bezahlung in die Zeitarbeit abgeworben würden.

Auch Digitalisierung könne einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen leisten, so Silberbach. Als Beispiele nannte er Erleichterungen bei den Dokumentationspflichten oder die effiziente Routenplanung von ambulanten Pflegekräften. „Sie ist jedoch kein Allheilmittel.“ Das sei etwa auch beim Workshop Digitalisierung der Konzertierten Aktion Pflege deutlich geworden, an dem auch eine Delegation des dbb teilgenommen hat.

Der dbb arbeitet derzeit im Rahmen einer Bund-Länder Arbeitsgruppe an einem „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ mit. Neben Themen wie Ausbildungsvergütung, Anerkennung von beruflichen Abschlüssen und der Frage der Akademisierung werden auch das Thema Schulgeldfreiheit und damit einhergehende Finanzierungsfragen zu erörtern sein. Bis Ende 2019 sind Eckpunkte als Basis für notwendige gesetzliche Änderungen geplant. „Hier haben wir konkret die Möglichkeit, Verbesserungen herbeizuführen, die bereits bei der Berufsausbildung ansetzen“, so der dbb Chef.

## Frauenpolitische Fachtagung **Geschlechtergerechtigkeit: „Da geht noch mehr!“**

**Mehr Einsatz und politischen Willen bei der Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern fordert der dbb. Trotz jahrzehntelanger Bemühungen sei man – auch im öffentlichen Dienst – noch lange nicht am Ziel, kritisieren dbb Chef Ulrich Silberbach und die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer.**

„Es kann doch nicht sein, dass wir im 21. Jahrhundert in einen Koalitionsvertrag schreiben müssen, dass die Bundesregierung im öffentlichen Dienst die Teilhabe von Frauen und

Männern in Führungspositionen bis 2025 umsetzen will“, rügte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Frauenpolitischen Fachtagung der dbb frauen am 3. Juni 2019 in

Berlin. Zudem sei dieses Vorhaben angesichts der „erheblichen Defizite bei der Besetzung von Leitungspositionen mit weiblichen Führungskräften ein durchaus ambitioniertes Ziel“. Silberbachs Appell: „Da geht definitiv noch mehr in Sachen Geschlechtergerechtigkeit!“ Auch die Gewerkschaften nahm der dbb Chef bei diesem Thema selbstkritisch ins Visier: „Starke Gewerkschaften sind ein Glück für die Demokratie mit ihrem Gestaltungswillen und ihrer Durchsetzungsstärke. Damit wir das auch in Zukunft sind und wirklich die Interessen aller unserer Mitglieder vertreten, sage ich ganz klar: Wir brauchen mehr Kolleginnen. Auch dieses Ziel steht auf unserer Agenda für den gewerkschaftlichen Nachwuchs ganz oben“, machte Silberbach deutlich. Hier seien der dbb und seine Mitgliedsorganisationen allesamt gefordert.

Mit Blick auf den digitalen Transformationsprozess warb Silberbach für die Chancen, die neue flexible Arbeitsformen auch für Frauen eröffneten, und sprach sich für mehr Experimentierfreude und Fehlertoleranz aus: „Neue Formen der Zusammenarbeit, die vielleicht weniger von Hierarchien geprägt sind, müssen einfach mal ausprobiert werden. Was spricht dagegen, ein großzügiges Angebot an mobilem Arbeiten auszuprobieren, sich auf Präsenztage zu verständigen, Führungspositionen in Teilzeit zu ermöglichen? Am Ende kann gemeinsam beurteilt werden, welcher Arbeitsprozess für welche Behörde sinnvoll erscheint. Dies wäre ein Weg, alle Beschäftigten, Vollzeit oder Teilzeit, jung oder alt, und insbesondere auch die Frauen auf einem Weg der Veränderung zum Positiven mitzunehmen“, so der dbb Chef – „immer Seite an Seite mit den Beschäftigtenvertretungen, die darauf achten, dass sich alles im Rahmen der essentiellen Leitplanken bewegt und nicht zu Lasten der Gesundheit und der Rechte der Kolleginnen und Kolleginnen geht.“

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Gastgeberin der Frauenpolitischen Fachtagung, warnte vor der zunehmenden Erosion der Gleichstellungsziele in Deutschland: „Der unvollständige Status quo steht auf der Kippe. Zum ersten Mal seit 1949

ist der Frauenanteil im Bundestag rückläufig, immer häufiger fahren rechtspopulistische Kräfte Kampagnen gegen staatliche Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen. Das ist verfassungsfeindlich und zutiefst undemokratisch“, so Wildfeuer. „Wer den Gleichstellungsgrundsatz angreift, stellt unsere demokratischen Grundwerte in Frage und verletzt ein Menschenrecht. Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau herzustellen, ist ein zentraler Verfassungsauftrag für uns alle, insbesondere richtet er sich an die Bundesregierung und alle weiteren politischen Akteurinnen und Akteure, an die öffentlichen Verwaltungen, an die öffentlich-rechtlichen Institutionen und auch an die Gewerkschaften“, betonte Wildfeuer. Auch der gleichberechtigte Zugang zu finanziellen Ressourcen müsse stärker in den Blick genommen werden. „Aus unserer Sicht sind gendersensible Haushalte dringend geboten, um die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen am öffentlichen Leben zu verwirklichen. Gleichstellung kann und muss gezielt über den kontrollierten Einsatz von Steuermitteln gesteuert werden. Deshalb müssen wir auch über steuer- und arbeitsmarktpolitische Fehlanreize sprechen, die das Ehegattensplitting und die Lohnsteuerklassenkombination III/V setzen“, verlangte Wildfeuer.

Die 15. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung fragte am 3. Juni 2019 in Berlin, wie es 100 Jahre nach der Einführung des Frauen-Wahlrechts und nach 70 Jahren Grundgesetz in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern tatsächlich aussieht. Denn so viel ist bekannt: Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer, im Ruhestand müssen sie mit weniger als der Hälfte an Renteneinkünften auskommen, und auch die politische und wirtschaftliche Macht liegt, auch im öffentlichen Dienst, noch immer überwiegend in den Händen von Männern. Gemeinsam mit Rechtsexpertinnen und Gleichstellungsanwältinnen legten die dbb frauen die Lücken der gesetzlichen Gleichstellung offen und diskutierten Lösungsangebote und neue Möglichkeiten für eine „Balance of Power“ der Geschlechter im positiven Sinne.

## Gewerkschaftstag dbb brandenburg

### Öffentlicher Dienst: Personalbedarf trotz Neueinstellungen weiterhin enorm

**Der Personalbedarf des öffentlichen Dienstes in Deutschland ist trotz vieler Neueinstellungen in den vergangenen Jahren weiterhin enorm. „Angesichts der bevorstehenden Babyboomer-Welle von Ruhestandseintritten hat die Politik viel zu spät reagiert“, kritisiert dbb Chef Ulrich Silberbach.**

„Die Veränderungen der kommenden Jahre sind nicht nur wegen der allgemeinen demografischen Entwicklung eine besondere Herausforderung für den öffentlichen Dienst. Hinzu kommt die tiefgreifende digitale Transformation, die die Arbeitswelt und damit auch den Staatsdienst komplett verändern wird“, machte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 4. Juni 2019 beim Gewerkschaftstag des dbb brandenburg in Potsdam deutlich. „Der öffentliche Dienst kann und muss Vorreiter sein für eine moderne und digitale Arbeitswelt. Nur so werden wir die Menschen von uns, vom Staat, vom Gemeinwesen, in dem wir alle miteinander leben, auch in Zukunft überzeugen können. Aber wer Vorreiter sein soll, dem müssen auch entsprechende Ressourcen zugestanden werden – sonst machen andere das Rennen“, warnte Silberbach.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Europawahlen Ende Mai sagte der dbb Chef: „Wir stellen fest, dass die Menschen das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen, Regierende und Parteien verlieren. Erst kürzlich bestätigte eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung diese Entwicklung: Populistische und demokratiefeindliche Tendenzen sind in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. Das hat ganz bestimmt auch etwas mit dem Rückzug des Staates in allen Bereichen und letztlich auch in weiten Teilen aus seiner Verantwortung zu tun. Das darf uns nicht egal sein, und umso stärker müssen wir dafür kämpfen, dass der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten wieder zum dem gemacht und als das respektiert werden, was sie sind: Das Rückgrat, das dafür sorgt, dass Deutschland funktioniert – egal ob Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, Klimaschutz oder Justiz und Sicherheit, analog wie digital – es sind Menschen im Dienst der Menschen.“

Eindringlich warnte Silberbach davor, die Gestaltungsarbeit der Politik zu überlassen. „Auf keinen Fall dürfen sich Gesellschaft, Beschäftigte und ihre Organisationen aus dem politi-

schen Prozess zurückziehen – aus welchen Gründen auch immer. Der Staat geht uns alle an, und insbesondere der öffentliche Dienst ist Garant für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Grundordnung gilt es aktiv und engagiert zu wahren und zu schützen, gerade in diesen Zeiten, in denen es Kräfte gibt, die daran Hand anlegen wollen“, sagte er und betonte: „Im öffentlichen Dienst und unter dem Dach des dbb ist kein Platz für eine Politik, die Menschen ausgrenzt und demokratische Prinzipien in Frage stellt.“

Silberbach gratulierte Ralf Roggenbuck zu seiner Wiederwahl an die Spitze des dbb brandenburg. Der Gewerkschaftstag in Potsdam wählte den 54-jährigen Staatsanwalt, der den Landesbund seit 2012 führt, erneut an die Spitze des Landesvorstandes. „Ihr seid ein starkes Dach für Brandenburger Beschäftigte“, betonte der dbb Bundesvorsitzende und reagierte auch auf die jüngsten Pläne der Landesregierung, Landesministerien aus Potsdam in die Fläche zu legen, um den ländlichen Raum zu stärken. „Natürlich ist Brandenburg als Flächenland und aufgrund seiner Nähe zu Berlin besonderen Herausforderungen ausgesetzt – während in vielen ländlichen Regionen die Bevölkerungszahl zurückgeht, erfährt die Region um Berlin, insbesondere die Landeshauptstadt Potsdam einen beachtlichen Zuzug. Eine insgesamt abnehmende Bevölkerungszahl hat zwingend Auswirkungen auf die Infrastruktur in der Fläche. Daraus jedoch zu schließen, dass mit abnehmender Bevölkerungszahl auch der öffentliche Dienst zu reduzieren ist, wäre vermessen und falsch. Es ist richtig und wichtig und für die Zukunft unerlässlich, den ländlichen Raum auch dadurch zu stärken, dass Behörden in der Region angesiedelt werden. Aber doch bitte nur unter Einbindung der Beschäftigten in diesem Prozess. Und Ministerien gehören in die Landeshauptstadt. Punkt, Ende, Aus“, sagte Silberbach in Richtung des ebenfalls anwesenden brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke.

## dbb ist Bündnispartner

### **Klischeefreie Vielfalt in Kitas – Aktionstag in ganz Deutschland**

**Am 5. Juni 2019 hat der bundesweite Aktionstag „Klischeefreie Vielfalt in Kitas“ stattgefunden. Auch der dbb als Bündnispartner und seine Mitgliedsgewerkschaften war dabei.**

Insgesamt beteiligen sich 60 Organisationen (Kita-Träger, Verbände, Initiativen, Gewerkschaften, Fach- und Hochschulen) an dem Bündnis „Klischeefreie Vielfalt in Kitas“. Schirmherrin ist Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Aktionstag schafft Aufmerksamkeit für gute pädagogische Ansätze aus der Praxis, aber auch Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe. Die Aktionen der beteiligten dbb Mitgliedsgewerkschaften komba und Sächsischer Erziehverband (SEV) unter anderem in Bad Homburg, Koblenz, Dresden, Meißen und Mildenau setzen dabei unterschiedliche Themenschwerpunkte wie Geschlechterrollen und -gerechtigkeit und interkulturelles Zusammenleben. In Sachsen läuft der Aktionstag des SEV landesweit unter dem Motto „Jedes Kind ist einzigartig!“.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zeigte sich erfreut über die breite Beteiligung der dbb Mitgliedsgewerkschaften und der Bündnispartner insgesamt: „Das Miteinander in Vielfalt kann eine große Bereicherung für jeden Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt sein. Aber es muss gestaltet und organisiert werden, am besten schon in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Das funktioniert aber nur, wenn die entsprechenden Ressourcen für diese anspruchsvolle Arbeit bereitgestellt werden. Denn ohne genug Personal, entsprechende Aus- und Weiterbildung, attraktive Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die verdiente – auch finanzielle – Anerkennung für die Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen werden wir unseren hohen Ansprüchen weder qualitativ noch quantitativ gerecht werden können.“

## dbb bundesfrauenvertretung

### **50 Prozent der EU-Spitzenjobs für Frauen**

**„Eine paritätische Besetzung der europäischen Spitzenjobs sowie der Europäischen Kommission können wir als dbb bundesfrauenvertretung nur unterstützen“, sagte die Vorsitzende der bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer am 5. Juni 2019 in Berlin. „Wir fordern Parität in den Parlamenten und Paritätsgesetze, deshalb ist die europäische Ebene nur die logische Erweiterung.“**

In einem offenen Brief fordern die weiblichen Vorstandsmitglieder der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich dafür einzusetzen, dass 50 Prozent der EU-Spitzenjobs mit Frauen besetzt werden. Unterzeichnerin ist als Vorstandsmitglied der EBD auch die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lüthmann. „In Deutschland sind wir noch weit von Parität in der Politik entfernt. Wenn die Europäische Union hier als Vorbild fungiert und so Druck ausübt, kann das nur helfen“, sagte Wildfeuer.

Nach den Europawahlen werden im Herbst nicht nur die Führungspositionen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments neu besetzt, sondern auch des Europäischen Rats, der Hohen Vertretung für Außen- und Sicherheitspolitik, der Europäischen Zentralbank sowie 2020 der Eurogruppe. Die Unterzeichnerinnen fordern in ihrem Schreiben, dass mindestens drei der Spitzenjobs an Frauen gehen müssen.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### komba gewerkschaft

#### **Kommunen in Europa: Vorausschauende Personalpolitik unabdingbar**

**Der Bundesvorsitzende der komba Gewerkschaft, Andreas Hemsing, sieht in der Digitalisierung und im Fachkräftemangel die größten Herausforderungen für die öffentlichen Dienste in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), besonders für die kommunalen Verwaltungen.**

Hemsing warb am 4. Juni 2019 vor den Berufsräten für Verwaltung der unabhängigen Gewerkschaften in Europa (CESI) für flexiblere und europaweit anerkannte Ausbildungsabschlüsse. „Gerade in den Grenzübereichen tun wir gut daran, diesen besonderen Arbeitsmarkt europäisch zu öffnen“, so der komba Chef. Das entspreche auch den Erwartungen vieler junger Menschen. „In Deutschland wie in einigen anderen EU-Staaten auch fehlen vor allem Bewerberinnen und Bewerber für technische Berufe im öffentlichen Dienst. Wir sollten darüber nachdenken, in Analogie zum Bachelor of Laws auch ein duales Studium im technischen Bereich anzubieten.“ Zudem müssten die für Berufe im öffentlichen Dienst qualifizierenden Abschlüsse flexibler werden. „Mit starren Systemen werden wir perspektivisch nicht genügend junge Leute ansprechen, um die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand besonders auf kommunaler Ebene zu erhalten.“ Hemsing verwies auf die große Pensionierungswelle der Baby-Boomer und den bereits heute akuten Fachkräftemangel.

Neben der Attraktivität des öffentlichen Arbeitgebers für junge Menschen diskutierten die Berufsratsmitglieder auch die Entwicklungen

der Privatisierungen und der Rekommunalisierung von Aufgaben im kommunalen Raum. Hemsing dazu: „Privatisierungen sind nicht zuletzt aufgrund des Fachkräftemangels in begründeten Einzelfällen für eine Erledigung von kommunalen Aufgaben unumgänglich.“ Hierbei sei allerdings zu beachten, dass die Steuerung und Überwachung der Aufgaben unbedingt in der öffentlichen Hand bleiben müsse. „Das bedeutet, eine vorausschauende Personalpolitik ist für eine erfolgreiche Umsetzung unabdingbar. Wer zum Beispiel eine Brücke bauen lässt und über keine eigenen geeigneten Ingenieure mehr verfügt, muss sich über Zusatzkosten nicht wundern.“ Weiterhin sei zu beobachten, dass häufig weniger lukrative Aufgaben wieder rekommunalisiert würden. Dies sei für den Service und das kommunale Angebot für die Bürgerinnen und Bürger zu begrüßen, jedoch finanziell oft schwierig in den Haushalten darzustellen. Hier gelte es, die Kommunen zu stärken. „Ich bin überzeugt, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge auf lange Sicht durch kommunale Eigenerfüllung wirtschaftlicher sind. Sie führen zu mehr Identifikation und sichern eine höhere Qualität für die Bürgerinnen und Bürger“, so Hemsing.

### Verband Bildung und Erziehung (VBE)

#### **Lernvideos sollten kritisch genutzt werden**

**Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat am 4. Juni 2019 zu einem kritischen Umgang mit Lernvideos auf Internetplattformen wie Youtube aufgerufen.**

Eine Studie des „Rat kulturelle Bildung“ hatte zuvor ergeben, dass viele Schülerinnen und Schüler in ihrer Freizeit Lernvideos ansehen. Beckmann: „Erst einmal zeigt die Studie, dass sich die Schülerinnen und Schüler in ihrer Freizeit mit Fachwissen beschäftigen, dieses nacharbeiten, wiederholen oder vertiefen wollen. Das heißt auch, dass das breite Angebot an Lernvideos eine gute Möglichkeit bietet, das Lernen in der Schule zu ergänzen. Da die

Lernvideos allen zugänglich sind, bieten sie allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von dem sozio-ökonomischen Status der Eltern die gleichen Möglichkeiten. Das ist gerechter als Nachhilfe, die sich nicht alle Eltern leisten können. Eine Herausforderung ist aber die enorme qualitative Bandbreite der Videos. Pauschal alle Lernvideos gut zu finden, weil es Lernvideos sind, führt hier nicht weiter. Ich stimme der Bundesbildungsministerin



Karliczek zu, die zu einer kritischen Nutzung von Lernvideos aufruft. Denn in Zeiten von Fake News und Verschwörungstheorien ist durchaus zu hinterfragen, ob alle dargestellten Informationen richtig sind. Es wäre daher hilfreich, sich Gedanken zu machen, wie pädagogische Qualität auf diesen Plattformen gesichert werden kann. An die Leistung von Referendarinnen und Referendaren, Lehrkräften und auch an Materialien wie Schulbüchern werden hohe Anforderungen gelegt und breite Kriterienkataloge. Dementsprechend könnten auch Videos zertifiziert werden, die Qualitätsstandards guten Unterrichts gerecht werden und Fachwissen gut vermitteln. Dies würde einen Orientierungspunkt für Lehrkräfte zum Einsatz in der Schule und für Eltern und Schülerinnen und Schüler für die individuelle Nachbereitung bieten.“

Ein weiteres Ergebnis der Studie war, dass sich die Kinder und Jugendlichen wünschen, dass es auch in der Schule öfter eine Beschäftigung mit diesen Videos gibt und diese auch selbst produziert werden. Die aktuelle forsa-

Umfrage unter Schulleitungen zur Digitalisierung an Schulen im Auftrag des VBE zeigte jedoch einmal mehr, dass die Ausstattung der Schulen dies nicht zulässt. So sagt nur jede dritte Schulleitung, dass es in allen Klassen- und Fachräumen Zugang zum schnellen Internet und WLAN gibt. Und ebenfalls nur jede dritte Schulleitung sagt, dass es mindestens einen Klassensatz an digitalen Endgeräten für die Schülerinnen und Schüler gibt. Der VBE Bundesvorsitzende fordert deshalb mehr Einsatz von der Politik: „Lehrkräfte wünschen sich die Möglichkeit, neue Medien im Unterricht einsetzen zu können. Lernvideos können, wenn sie qualitativ gemacht sind, Lehrkräfte gut dabei unterstützen, dem Anspruch auf Individualisierung des Unterrichts besser gerecht zu werden. Sie versprechen sich von ihrem Einsatz zusätzliche Auflockerungen des Unterrichts, eine bessere Möglichkeit des Methodenwechsels, und eine größere Motivation der Schülerinnen und Schüler. Doch ohne Ausstattung, Fortbildung und als zusätzliche Aufgabe der Unterrichtsvorbereitung kann das nicht gelingen.“

## Deutscher Philologenverband (DPHV)

### **Abitur: Vergleichbarkeit braucht mehr als zentralen Aufgabenpool**

**„Den zentralen Abituraufgabenpool als die Lösung für eine stärkere Vergleichbarkeit der Länderabiture zu betrachten, war und ist zu kurz gedacht. Die unterschiedlichen Reaktionen der Länder auf das Matheabitur in diesem Jahr zeigen aktuell die Begrenztheit dieses von Politik und Wissenschaft vorangetriebenen Weges. Für mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau sind weitergehende Maßnahmen nötig“,** sagte die DPHV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 31. Mai 2019.

Die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder müssten sich besser als bisher untereinander und mit dem Berliner Institut für Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) abstimmen, das für die Standards und den Abiturprüfungspool zuständig ist. Lin-Klitzing: „Gerade dieses Jahr zeigt aber auch, dass eine Konzentration auf Aufgabenpools, Standards und wissenschaftliche Institute nicht ausreicht.“ Eine stärkere Vergleichbarkeit fang auch „nicht erst bei den Abiturprüfungen an“, so Lin-Klitzing. „Ich habe die überstarke Fo-

kussierung auf den zentralen Abiturprüfungspool nie verstanden, sondern immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die Abiturnote lediglich zu circa 25 Prozent aus allen schriftlichen Abituraufgaben zusammensetzt. Das ist nicht wenig, aber der weitaus größere Anteil der Abiturnote, nämlich zwei Drittel, wird durch die Schülerinnen und Schüler in der gesamten Oberstufenzeit erbracht. Hier müssen sie adäquat gefordert und gefördert werden, um gut auf die anschließenden Abiturprüfungen vorbereitet zu sein.“

## Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) **DPVKOM feiert Tag des Zustellers**

**Der 6. Juni 2019 ist für die DPVKOM ein besonderes Datum: Bereits das fünfte Jahr in Folge begeht die dbb Mitgliedsgewerkschaft den „Tag des Zustellers“.**

An diesem Tag macht die DPVKOM auf die Arbeitssituation der Zustellerinnen und Zusteller der Deutschen Post aufmerksam. Sie verbindet dies mit einem Dank an alle Brief-, Verbund- und Paketzusteller für die großartige Arbeit, die diese Tag für Tag leisten.

Gleichzeitig feiert die DPVKOM am 6. Juni ihren eigenen Geburtstag, wurde sie doch an diesem Tag vor 129 Jahren in Berlin gegrün-

det. Damit zählt die DPVKOM zu den ältesten Gewerkschaften in Deutschland. „Unser Ziel wird es auch zukünftig sein, die Arbeits- und Entgeltbedingungen der Beschäftigten im Bereich der Post, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Telekom, Postbank und Call-Centern, zu verbessern und deren Interessen zu vertreten – stark, kompetent und erfolgreich“, sagte die DPVKOM Chefin Christina Dahlhaus.

## ***Namen und Nachrichten***

Die Beschäftigten der drei Tochterunternehmen des Uniklinikums Düsseldorf erhalten endlich tarifvertraglich garantierte Ansprüche. Der Tarifvertrag für die Gesellschaft für Servicedienstleistungen Düsseldorf mbH (GSD), für die Gesellschaft für klinische Dienstleistungen mbH (GKD) und für die Universitätsklinikum Düsseldorf Medical Services GmbH (UKM) ist zum 22. Mai 2019 in Kraft getreten und wird in den nächsten Tagen von **dbb/vdla** und den anderen Tarifvertragsparteien unterschrieben werden. Damit werden alle Beschäftigten zum 1. Januar 2020 in den Tarifvertrag der Länder (TV-L), der auch beim Uniklinikum selbst gilt, übergeleitet und dann auch entsprechend bezahlt. Die TV-L-Regelungen sind so gut wie vollständig übernommen worden. Für 2019 erhält jeder Beschäftigte vier Einmalzahlungen von je 300 Euro brutto (ausbezahlt im Juni, August, Oktober und Dezember, Teilzeitkräfte anteilig). Zum jeweiligen Auszahlungszeitpunkt muss der Beschäftigte mindestens ein Jahr dem Betrieb angehören. Diese und weitere Regelungen in der Übersicht gibt es auf [dbb.de](http://dbb.de).

Nachdem der Bayerische Landtag kürzlich den Doppelhaushalt 2019/20 verabschiedet hat, wurde nunmehr im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31. Mai 2019 das entsprechende Gesetz veröffentlicht und in Kraft gesetzt. Der **Bayerische Beamtenbund (BBB)** verwies am 3. Juni 2019 auf die für den

Bereich des öffentlichen Dienstes besonders bedeutsamen Aspekte: Mit dem Haushalt werden 4.306 neue Stellen geschaffen, Schwerpunkte liegen dabei auf den Bereichen Bildung und Sicherheit. Der Stellenabbau nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes wird in dieser Form nicht mehr fortgeführt. Formal werden zwar weitere Stellen abgebaut, sie bleiben aber zur Verfügung der jeweiligen Ressorts und können anderweitig verwendet werden. Die noch abzubauenen 940 Stellen konnten damit gerettet werden und stehen vor Ort zur Verfügung. Ferner wird das Stellenhebungsprogramm (Artikel 6i des Haushaltsgesetzes) weiter fortgeführt und im Volumen erweitert.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) sieht keinerlei Veranlassung, sich an den Arbeitskämpfmaßnahmen einer anderen Gewerkschaft zu beteiligen. „Bereits am 8. April 2019 haben wir mit KEOLIS Deutschland in Düsseldorf einen Tarifabschluss erzielt, der absolut marktgerecht ist, für alle Beschäftigten einen markanten Entgeltzuwachs generiert und die Arbeitsbedingungen signifikant verbessert“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky**. „Wenn sich ein verlässlicher Tarifpartner entscheidet, gemeinsam mit der GDL 102 Prozent des Marktniveaus zu vereinbaren, dann muss er sich darauf verlassen können, dass vom Zugpersonal ein konstanter Eisenbahnverkehr gewährleistet wird.“

## **Kommende Termine:**

dbb FORUM ÖFFENTLICHER DIENST  
18. Juni 2019, Berlin